

LEITARTIKEL



VON EVA QUADBECK

Bei Putin muss man auf alles gefasst sein

▶ Mit der Sprengung des Staudamms Nowa Kachowka hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine die nächste Grenze überschritten. Es ist ein bisher beispielloser Angriff auf die Infrastruktur der Ukraine und damit auf das Leben von mindestens 16 000 Menschen. Zudem droht eine Umweltkatastrophe. Was Russlands Präsident Wladimir Putin seit Beginn des Krieges zynisch eine „Militäroperation“ nennt, mündet gerade in totaler Zerstörung der Lebensgrundlagen in den russisch besetzten Gebieten. An internationale Hilfe, wie sie sonst bei solchen Katastrophen aus den Nachbarländern anrollen würde, ist in dem Kriegsgebiet nicht zu denken.

Wenn sich beide Seiten für eine solche Katastrophe die Schuld zuweisen, muss man fragen: Wem nutzt es? Die Ukraine jedenfalls hat an der Vernichtung der Existenzgrundlage ihrer Bevölkerung kein Interesse. Zumal sie gerade eine Frühjahrsoffensive betreibt. Nun werden ihre Kräfte in der Eindämmung der Staudammkatastrophe gebraucht, was die Rückeroberungen ausbremsen wird. Russland wiederum steckt in diesem Krieg fest und muss sogar Geländeverluste hinnehmen. Der Kreml ist weit von seinen Kriegszielen entfernt. Diese Flut nutzt also dem Aggressor Russland, dem jedes Mittel recht ist. Bei Putin muss man auf alles gefasst sein. Menschenleben sind ihm egal.

Nach 15 Monaten Krieg Russlands gegen die Ukraine wächst auf beiden Seiten der Druck, endgültige Entscheidungen herbeizuführen. International wird längst über eine Nachkriegsordnung nachgedacht, für die es aktuell zwei Optionen gibt: Entweder es gelingt ein Friedensabkommen mit Gebietsverlusten für die Ukraine – dafür mit einer Mitgliedschaft in der Nato und perspektivisch in der EU. Oder der Konflikt wird eingefroren und die Ukraine wird für ihre eigene Sicherheit wie in den vergangenen Monaten mit Waffen aus dem Westen versorgt. Für beide Varianten wird die Frage entscheidend sein, wo zum Kriegsende welche Truppen stehen und welche Seite welche Stadt als erobert ausgerufen hat. Im Südosten der Ukraine entscheidet sich das Schicksal der Ukraine als Nation und ob Putins imperialistisches Streben nach einem Großrussland Erfolg haben kann. Ein Großrussland, wie es Putin vor-schwebt, vernichtet nicht nur die Existenz der Ukraine. Es bedroht auch die Freiheit zahlreicher osteuropäischer Länder und damit alle Nato-Staaten.

Für die demokratische Welt bleibt die Herausforderung, die Ukraine weiter mit Waffen, Geld und humanitärer Hilfe zu unterstützen und zugleich den Zeitpunkt nicht zu verpassen, zu dem ein Ende des Krieges möglich ist. Das wird wahrscheinlich noch viele Monate, möglicherweise so lange dauern, wie Putin im Kreml herrscht – auch wenn jetzt schon gekämpft wird, als sei das Ende nah.

KOMMENTAR



VON DANIELA VATES

Das wahre Problem

▶ Die österreichischen Sozialdemokraten haben sich eine Schlaperei geleistet, für die peinlich ein milder Ausdruck ist. Auf dem SPÖ-Parteitag wurde zunächst der Falsche zum neuen Parteichef gekürt, weil bei der Auszählung von gerade mal 600 Stimmen die Ergebnisse verwechselt wurden. Aufgefallen ist die Sache nur, weil auf eine Journalistenfrage nachgezählt wurde.

Für die SPÖ und ihren nun wirklich gewählten Vorsitzenden Andreas Babler wäre es gut, wenn sie diese Posse als heilsamen Schock begreifen und sich nach langen internen Machtkämpfen mal wieder zusammenraufen würden. Sonst wird es nichts mit den Chancen bei der nächsten Nationalratswahl. Die steht 2024 an, möglicherweise aber auch schon früher. Die regierende konservative ÖVP könnte es für taktisch klug halten, Neuwahlen auszurufen. Es wäre allerdings auch ein riskantes Unterfangen der ÖVP. Denn auf Platz eins in den Umfragen steht derzeit die mindestens rechtspopulistische FPÖ, obwohl die von einem Skandal zum nächsten rutscht. FPÖ-Chef Herbert Kickl ist nie um einen rassistischen Spruch verlegen. Auch an der ÖVP wird es hängen, ob Kickl Kanzler wird oder anderweitig als Regierungspartner herumfuhrwerken darf. Die Grenze nach rechts hatte vor wenigen Jahren Sebastian Kurz geschliffen, der wegen Korruptionsvorwürfen erst seine Regierung mit der FPÖ beendete und dann selbst als Kanzler zurücktreten musste. Der Schock war offenbar nicht groß genug: In den Bundesländern Ober- und Niederösterreich, arbeiten ÖVP und FPÖ zusammen. Die Bereitschaft, Ruchlosigkeit zu ertragen und dumpfe Parolen zu honorieren, ist das wahre Problem Österreichs. Verwechselte Stimmzettel sind dagegen fast lächerlich.

THEMA DES TAGES



Durchbruch auf 300 Metern Länge: Das Wasser des Kachowka-Staudamms fließt mit großer Geschwindigkeit ab – und bedroht Zehntausende Menschen, die unterhalb des Damms leben.

FOTO: UNCREDITED/UKRAINIAN PRESIDENTIAL OFFICE/AP/DPA

Eine neue Dimension der Kriegsführung

Russen und Ukrainer beschuldigen sich gegenseitig, den riesigen Staudamm in der Region Cherson gesprengt zu haben. Der Nutzen der Aktion liegt aber eindeutig auf einer Seite.

VON SVEN CHRISTIAN SCHULZ UND LUCIE WITTENBERG

HANNOVER. Gnadenlos bricht sich das Wasser Bahn, frisst sich Kubikmeter um Kubikmeter durch die Überreste, die einmal der Kachowka-Staudamm waren. „Der Wasserstand des Stausees sinkt jetzt schnell und die Trinkwasserversorgung vieler Städte ist gefährdet“, so András Rácz, Militärexperte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Auch die Wasserversorgung auf der Krim sei in Gefahr.

Am Dienstagmorgen wurde die Staumauer und das Wasserkraftwerk im von Russland besetzten Teil Chersons zerstört. Die Ukraine macht für die Explosionen Russland verantwortlich. Der Kreml spricht hingegen von ukrainischer Sabotage. Unabhängig überprüfen lässt sich das nicht. Der militärische Nutzen der Sprengung liegt aber eindeutig auf russischer Seite. Das Wasserkraftwerk, seit Monaten von Russland besetzt, war vor dem Krieg für die Stromerzeugung von großer Bedeutung.

Die Konsequenzen für die Zivilbevölkerung werden dramatisch sein, fürchtet Gustav Gressel, Militärexperte des European Council on Foreign Relations (ECFR). „Das wird für die Menschen vor allem in den Sommermonaten sehr schlimm.“ Die militärischen Einrichtungen auf der Krim würden durch mobile Wassertanks versorgt, die Zivilbevölkerung zeitnah evakuiert. „Wir sehen bereits, dass politische Gefangene von der Krim auf das russische Hinterland verlegt werden“, so Gressel.

Eine Reparatur des Staudamms sei nicht möglich, so der von Russland eingesetzte Bürgermeister von Nowa Kachowka im russischen Staatsfernsehen. Auch der ukrainische Kraftwerksbetreiber sprach von einer kompletten

Zerstörung der Anlage. Bilder zeigen, dass die Staumauer auf etwa 300 Meter Länge zerstört wurde. Eine vier bis fünf Meter hohe Flutwelle rollt nun auf den Hafen von Cherson zu.

Neben dem Wasserkraftwerk ist auch das bereits heruntergefallene Atomkraftwerk Saporischschja auf Kühlwasser aus dem Stausee angewiesen. Das Kraftwerk war zuletzt unter russischer Kontrolle. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA sprach am Dienstag aber von „keinem unmittelbaren nuklearen Sicherheitsrisiko“.

Weil das Wasser des Stausees in hoher Geschwindigkeit abfließt, befinden sich Tausende Anwohner in Lebensgefahr. Erste Orte in der Region Cherson wurden schon am Dienstagvormittag überflutet. Stark betroffene Gebiete sind vor allem das russisch besetzte Ufer. Dort befinden sich zwar auch Posten der russischen Armee, die nun unter Wasser stehen. „Das sind aber keine wichtigen Stellungen“, macht Gressel deutlich. Diese würden sich viel weiter östlich befinden.

Bis zu 80 Ortschaften sind durch die Überschwemmungen bedroht, wie der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal am Morgen

mitteilte. Auf ukrainischer Seite läuft deshalb ein Notfallplan. Die Bevölkerung in ersten Städten, wie in Nikopol, ist aufgerufen, Trinkwasserreserven anzulegen. Zivilisten aus den tiefer gelegenen Gebieten am Dnipro werden vom Katastrophenschutz mit Bussen evakuiert. Die staatliche russische Nachrichtenagentur Ria meldete, dass 22 000 Menschen in 14 Ortschaften im Süden der Region von Überschwemmungen bedroht seien.

„Wenn die Ukraine irgendeine Offensive am Dnipro geplant hat, haben die Russen diese Pläne jetzt zunichtegemacht.“

András Rácz, Militärexperte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Laut Experte Rácz verfolgt Russland mit der Aktion primär militärische Ziele: „Die Russen haben durch die Sprengung des Staudamms ihre Westflanke gesichert.“ Russland verübe damit zwar auch Terror gegen Zivilisten, aber die Sprengung folge vor allem aus militärischer Logik: „Die Ukraine kann jetzt nicht mehr von Westen die

besetzten Gebiete angreifen – nicht einmal mit Spezialkommandos.“ Dieser Schritt sei typisch für Russlands Art der Kriegsführung.

„Das massive Hochwasser macht jede Art von Militäroperation am Dnipro unmöglich“, so Rácz. Die ukrainischen Spezialeinheiten auf der anderen Seite des Flusses müssten jetzt sehr schnell ihre Positionen verlassen, denn das überflutete Gebiet werde zu einer großen und unüberwindbaren natürlichen Barriere. „Wir kennen die Pläne für die Gegenoffensive der Ukraine nicht. Aber wenn die Ukraine irgendeine Offensive am Dnipro geplant hat, haben die Russen diese Pläne jetzt zunichtegemacht“, sagt Rácz.

Die Sprengung des Staudamms sei ein klassischer Verteidigungszug, den es in der Geschichte der Kriegsführung schon häufig gegeben habe, um die Offensive des Angreifers zu behindern. Für Russland bedeute das vor allem Zeit, erklärt der DGAP-Militärexperte.

Die Ukraine forderte, Russland für den „Terroranschlag“ zur Rechenschaft zu ziehen und aus dem UN-Sicherheitsrat auszuschließen. Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, die Zerstörung des Staudamms reihe sich ein „in viele, viele der Verbrechen, die wir in der Ukraine gesehen haben, die von russischen Soldaten ausgegangen sind.“ Er sprach von einer „neuen Dimension“ der Kriegsführung. Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), sagte dem RND: „Dieser Angriff Russlands auf den Kachowka-Stausee ist ein weiteres unvorstellbar grauenhaftes Kriegsverbrechen.“ Es zeige einmal mehr, zu welchem brutalen Vorgehen Putin bereit ist. „Es beweist auch: Dieses Regime will niemals verhandeln.“



Massive Überflutungen: Die bereits 2022 erstellte Computersimulation zeigt die Folgen der Sprengung. Die jetzt zerstörte Staumauer ist ganz rechts oben zu erkennen.

SIMULATION: LARS WILDERÄNG/DÄMMNINGSVERKET AB